



Interviews

Wie weiter mit Getreideexporten?

Nico Lange, Sicherheitsberater, im Gespräch mit Sarah Zerback

"Informationen am Morgen", 27.7.2023, 6:50 Uhr

Sarah Zerback: Am Telefon begrüße ich jetzt den Sicherheitsexperten Nico Lange. Er ist Politikwissenschaftler, CDU-Politiker ist er auch und Politikberater. Schönen guten Morgen, Herr Lange.

Nico Lange: Guten Morgen!

Zerback: Der russische Präsident als Menschenfreund, der den Getreidedeal aus humanitären Gründen beendet hat und jetzt Alternativen vorschlägt. Werden ihm die Vertreter afrikanischer Länder das abnehmen?

Lange: Er glaubt es selbst nicht. In Russland glaubt es niemand und auch die afrikanischen Vertreter glauben es nicht. Jeder verfolgt da ganz pragmatisch die eigenen Interessen. Aber es sind ja weniger gekommen, als Putin das gerne hätte. Also scheint es auch in Afrika keine Naivität zu geben.

Zerback: Bisher war die Kritik der afrikanischen Länder an Putin, an seinem Angriffskrieg, aber auch an dem Auslaufen des Getreideabkommens öffentlich sehr sparsam. Dabei sind gerade die auf günstiges Getreide angewiesen. Lassen Sie uns

bei dem Punkt mal bleiben. Was erwarten die denn dafür jetzt vom russischen Präsidenten, damit das auch so bleibt?

Lange: Leider ist es so, dass diese antikolonialistische Rhetorik, die Putin verbreitet, auch in der Tradition der Sowjetunion, die ja auf der Seite einiger afrikanischer Staaten und ihrer Unabhängigkeit gestanden hat, immer noch verfängt. Im Kern ist das Antiamerikanismus, der aber bei einigen zumindest immer noch Wirkung zu haben scheint. Das ist ein interessantes Paradox, weil im Grunde Putin sich in seinem Umfeld, im russischen Umfeld kolonialistisch verhält. Genau das Gegenteil von dem, was er behauptet, ist eigentlich die Wahrheit. Und was das Getreide anbetrifft muss man sagen, Putin verhält sich wie ein Krimineller. Er lässt ukrainische Häfen bombardieren, blockiert den ukrainischen Handel und bietet dann Getreide an zum Verkauf, das teilweise gestohlen ist, weil es aus den besetzten ukrainischen Gebieten stammt. Die afrikanischen Staaten werden versuchen, für sich etwas rauszuholen, und nicht jeder der dortigen afrikanischen Vertreter ist ein Vertreter von guter Regierungsführung und Demokratie.

Zerback: Um das noch mal klar zu sagen: Diese Parallelstrukturen hier zu schaffen, unabhängig von internationalen, das war von Anfang an das Kalkül des Kreml?

Lange: Ja, ich glaube, bei diesem Afrika-Gipfel geht es auch darum zu zeigen, dass man ein besserer Freund und Unterstützer von afrikanischen Staaten ist als der amerikanische Präsident Joe Biden. Wenn jetzt Putin jeden einzelnen trifft, dann ist das gezielt gegen Biden gerichtet, der alle afrikanischen Staats- und Regierungschefs gemeinsam getroffen hat. Putin trifft selbst Vertreter von Kleinststaaten jetzt einzeln und wertet sie auf durch Fernsehübertragungen der

Gespräche. Ob das funktioniert wird man sehen. Ich glaube, die sind nicht naiv, versuchen, für ihre Staaten jeweils etwas rauszuhandeln, haben aber mit Russland, auch mit der Wagner-Gruppe durchaus auch Probleme oder sehen Probleme in der Nachbarschaft, wo die Wagner-Gruppe Staaten destabilisiert. Das wird vielleicht mit Show etwas alles überklebt, aber es gibt da auch schon ernsthafte Probleme in den Gesprächen.

Zerback: Aber gerade nach dem gescheiterten Aufstand gegen die russische Militärführung in Russland im Juni hat das doch auch Fragen über die Zukunft der Gruppe in Afrika aufgeworfen. Führen Sie das doch mal aus. Welche Interessen haben die afrikanischen Länder jetzt umgekehrt in St. Petersburg?

Lange: Das ist ganz unterschiedlich. Es gibt afrikanische Staaten, die mit der Wagner-Gruppe zum Beispiel zusammengearbeitet haben für ganz praktische Dinge. Die Wagner-Gruppe hat zum Beispiel autoritäre Herrscher beschützt oder denen Personenschutz zur Seite gestellt. Und es gibt eine ganze Reihe von Geschäften, die in einer Grauzone sind oder sogar heimliche Geschäfte sind, wo die Wagner-Gruppe zusammen mit bestimmten Akteuren in Afrika Rohstoffe exportiert hat, andere Dinge verkauft hat und jetzt die Frage auftaucht, was passiert mit diesen Geschäften, wer übernimmt diese Geschäfte, macht die Wagner-Gruppe das weiter, gibt es andere Akteure, die das tun. Solche Dinge sind zu klären.

Diese Treffen zwischen Putin und afrikanischen Staats- und Regierungschefs gibt es öfter. Was auffällt ist, dass im Vergleich zum letzten Mal weniger gekommen sind. Es scheint so zu sein, dass der russische Angriffskrieg auf die Ukraine auch für dieses

Verhältnis durchaus auch negative Folgen hat, und Putin versucht das jetzt ein bisschen zu übertünchen.

Zerback: Würden Sie denn so weit gehen zu vermuten, dass es diesmal auch öffentlich und vorgetragene Kritik am russischen Angriffskrieg von Seiten der afrikanischen Länder gibt, weil die ist ja bisher ausgeblieben?

Lange: Das glaube ich auch diesmal nicht, schon gar nicht in St. Petersburg. Da wird keiner jetzt Putin offen kritisieren. Möglicherweise gibt es hinter vorgehaltener Hand oder in den Gesprächen, die nicht im Fernsehen übertragen werden, aber auch Versuche, Lösungen zu finden für die Transporte des Getreides über das Schwarze Meer. Das ist für viele Staaten sehr bedeutsam. Und man kann ja nur hoffen, dass auch abseits dieses öffentlichen Show-Teils über mögliche Lösungen gesprochen wird.

Zerback: Das wurde zumindest in Brüssel auch gleich mehrfach in mehreren Formaten getan, weil umgekehrt ist es der Ukraine ebenfalls sehr wichtig, unabhängig von Russland zu sein beim Export ihres Getreides. Da hat jetzt der zuständige EU-Kommissar gesagt, fast das gesamte ukrainische Getreide könnte über die neu ausgebauten Handelswege exportiert werden. Sehen Sie das auch so optimistisch?

Lange: Was die Transporte auf der Schiene betrifft, reichen die Kapazitäten nicht aus. Das ist ein Versuch, aber die Mengen sind zu groß. Es braucht die Schifffahrt über das Schwarze Meer. Es braucht die Möglichkeit, dass ukrainische und internationale Schiffe ukrainische Häfen anlaufen können, um Getreide zu transportieren, und notfalls muss das mit Eskorten durchgesetzt werden. Diese

Seewege sind ja von strategischer Bedeutung und generell ist freie Seefahrt von einer Bedeutung, die weit über die Ukraine hinausgeht. Man kann Russland das Schwarze Meer nicht privatisieren lassen.

Was die Lebensmittelversorgung anbetrifft, muss man doch klar festhalten: Was Putin dort versucht ist zynisch und verbrecherisch. Wenn er sich jetzt mit afrikanischen Staaten trifft und sagt, es gibt eine Knappheit bei Lebensmitteln, dann ist er doch derjenige, der durch den Angriffskrieg auf die Ukraine und zum Beispiel die Bombardierung von Häfen genau diese Knappheit verursacht hat und jetzt versucht, davon zu profitieren.

Zerback: Jetzt haben wir gleichzeitig gesehen, dass die osteuropäischen Staaten, allen voran Polen und Ungarn, darauf pochen, dass die Ukraine auch weiterhin Agrarprodukte nur eingeschränkt in die EU exportieren darf, auch nach dem Ende des Getreideabkommens noch bis Ende des Jahres, um die heimischen Märkte nicht zu schwächen. Haben wir da gesehen, dass die gemeinsame Solidarität für die Ukraine gerade bröckelt?

Lange: Ich glaube, was wir daran erkennen können ist, wie wichtig das ist, dass die Exporte über die Schiffe in die afrikanischen Staaten, in die Türkei und andere Abnehmer, die das weiterverarbeiten, laufen, weil dass die Dinge dann über den Landweg in die EU gelangen, das ist eine direkte Folge dieser Seeblockade und der russischen Behinderung der ukrainischen Exporte. Auch das deutet darauf hin, der Export, so wie er gedacht war über die ukrainischen Häfen, der muss wiederhergestellt werden.

Zerback: Die NATO hat nun angekündigt, die Überwachung im Schwarzen Meer zu verstärken. Die Briten haben bereits höchstes Eskalationspotenzial vermeldet. Die beobachten ja die Region auch verstärkt. Wie schätzen Sie das ein? Kann es da absehbar zu einer Eskalation kommen?

Lange: Ich finde es gut, dass der NATO-Ukraine-Rat, der ja neu ist, zum ersten Mal über diese Frage beraten hat auf Antrag der Ukraine. Das Ergebnis finde ich aber noch nicht überzeugend. Mehr Überwachung reicht nicht aus. Es braucht Schutz für die Schiffe, ukrainische und internationale Schiffe, die im Schwarzen Meer fahren. Ich glaube, dass Anrainer des Schwarzen Meeres, die Türkei, Rumänien, dazu bereit sind. Es wäre gut, wenn sie mehr Unterstützung dafür bekämen. Das ist der Weg, der aus dieser Krise hinausführt. Ich würde mir über Eskalation keine Gedanken machen.

Zerback: Kurz nachgefragt, Herr Lange. Von den Anrainerstaaten, nicht aber von der NATO?

Lange: Na ja. Die Türkei und Rumänien sind ja auch Mitglieder der NATO. Es geht aber im Kern nicht um eine NATO-Frage, sondern es geht um die Freiheit der Seewege und internationalen Handels. Daran haben auch wir Deutschen ein Interesse. Deswegen finde ich, wir könnten durchaus mehr tun dafür, dass das gelingt. Die ständige Sorge vor Eskalation ist ein bisschen auch, finde ich, immer etwas, das der russischen Propaganda in die Hände spielt. Die Erfahrung zeigt, bei einem vorherigen Vorgehen, als die Türkei gesagt hat, wir fahren jetzt los und wir begleiten den Konvoi, da hat Putin eingelenkt und hat einen neuen Deal unterstützt. Möglicherweise ist das jetzt auch der Weg.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder.

Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.